Klimabeirat Friedrichshain-Kreuzberg, 21.03.2023

Stellungnahme zum Volksentscheid der Initiative Klimaneustart Berlin „Berlin 2030 klimaneutral“

Der Klimaschutzbeirat Friedrichshain-Kreuzberg berät und unterstützt den Bezirk auf dem Weg zur Klimaneutralität und Klimaanpassung. Vor dem Hintergrund der wissenschaftlichen Bewertung klimapolitischer Erfordernisse sprechen sich die Mitglieder ausdrücklich für ambitioniertere Ziele und verbindliche Vorgaben in der Klimaschutzgesetzgebung aus. Die sozial gerechte und zügige Umsetzung von Klimaschutzpolitik ist auch in Friedrichshain-Kreuzberg die zentrale Mehrheitsaufgabe!

Der Klimawandel schreitet in Deutschland viel schneller als befürchtet voran. Aufgrund des Erreichens von klimarelevanten Kipppunkten drohen zudem katastrophale Folgen auch für Berlin. Anhaltende Dürren mit sinkendem Grundwasserspiegel im Wechsel mit Starkregen und Überflutungen, unerträgliche Hitzeinseln in Städten, Waldbrände und der Verlust von Artenvielfalt in Fauna und Flora führen zu Zerstörungen, gesundheitlichen Bedrohungen und unvorstellbar hohen Kosten für die betroffenen Menschen vor Ort. Friedrichshain und Kreuzberg gehören zu den Berliner Innenstadtgebieten mit der höchsten Verdichtung, umweltbedingten Mehrfachbelastungen und einem noch sehr rückständigen Ausbau erneuerbarer Energieversorgung. Auf die sozial gerechte Wärmewende wartet der Bezirk ebenso wie seine MieterInnen, die jetzt sichtbaren Klimaschutz verlangen.

DIE ZEIT DRÄNGT. Das Ziel der von Deutschland unterzeichneten Pariser Verträge, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, erreichen wir entweder schnell – oder gar nicht. Die Gesellschaft muss mit hohem Tempo und Engagement tätig werden und die anthropogenen Ursachen für die Erderhitzung bekämpfen. In seinem Urteil vom 24.03.2021 verpflichtet das Bundesverfassungsgericht den Staat dazu, „mit den natürlichen Lebensgrundlagen so sorgsam umzugehen […], dass nachfolgende Generationen diese nicht nur um den Preis radikaler eigener Enthaltsamkeit weiter bewahren könnten.“

Die Forderungen des Volksentscheids beinhalten die Anpassung und Konkretisierung des Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetzes (EWG Bln) und die Verpflichtung zur Einhaltung der Ziele. Klimaneutralität bis 2045 anzustreben, ist zu spät, um das 1,5 Grad Limit einzuhalten. In den Bezirken sowie im heutigen und künftigen Senat sind alle Kräfte zu bündeln, um Klimaneutralität in den relevanten Sektoren Energie, Verkehr, Gebäude und Industrie möglichst schon bis 2030 zu erreichen. Sofortprogramme beim Unterschreiten der gesetzlichen Minderungsverpflichtungen müssen sektoral als verschärfte Maßnahmenpakete ins BEK (Berliner Energie und Klimaschutzprogramm) eingefügt werden. Auch die Bezirke tragen hier Verantwortung.

Berlin hat bereits 2019 die Klimanotlage ausgerufen und sich damit verpflichtet, alle Gesetze und Beschlüsse auf ihre Klimafolgen zu überprüfen. Wir brauchen nun den Mut der politisch Verantwortlichen und der Leitenden in den Behörden, den dringend notwendigen Wandel trotz aller Hürden auf den Weg zu bringen. Zeit für ein Warten gibt es nicht mehr. Es geht um unsere Lebensgrundlagen. Daher rufen wir dazu auf, beim Volksentscheid am 26.03.2023 mit JA! zu stimmen.